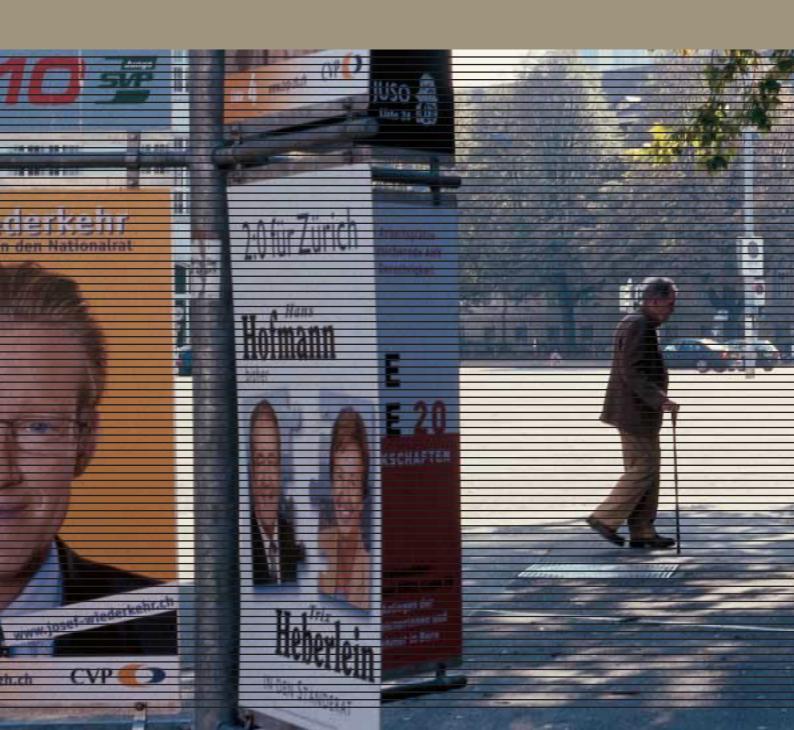
WANDEL DER MACHT IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

ANDREAS WENGER UND MYRIAM DUNN

Die Experten sind sich einig: die Rahmenbedingungen der internationalen Politik haben sich im vergangenen Jahrzehnt grundlegend und nachhaltig verändert. Ein wesentliches Element des Wandels ist dabei die «Informationsrevolution»: Die Beherrschung der neuen Technologien und der Einfluss auf Informationsinhalte werden zu einer zentralen Machtressource in den internationalen Beziehungen.



Die treibenden Kräfte hinter der ausserordentlichen Dynamik des Wandels in der internationalen Politik sind gut sichtbar, ihre Auswirkungen allerdings bleiben noch weitgehend im Verborgenen. Gegenwärtig sticht vor allem ein Merkmal ins Auge: die eklatante Widersprüchlichkeit der Entwicklungen und die daraus resultierende grosse Ungewissheit in Bezug auf die Zukunft des internationalen Systems. Diese Ungewissheit ist auf die beachtliche Komplexität und die Vielschichtigkeit internationaler Politik in einem globalisierten Umfeld zurückzuführen. Im Vergleich dazu erscheint die bipolare Ordnung des Kalten Krieges in der Rückschau als vergleichsweise stabiles Sys-

Die neue Weltunordnung

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen greifen Beobachter der internationalen Politik gerne auf das Wort der neuen Weltunordnung zurück: Die Informationsrevolution stärkt den Einfluss von Individuen auf den politischen Prozess - aber auch denjenigen bestehender Eliten; sie löst Hierarchien auf - lässt aber gleichzeitig neue Machtstrukturen entstehen; sie hat einen fragmentierenden Charakter - gleichzeitig aber auch einen integrativen Einfluss; sie erleichtert den globalen Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Ideen und Kapital stärkt aber auch das Bewusstsein des Lokalen. Kurzum: Zu jedem Trend lässt sich ein Gegentrend identifizieren.

Antworten auf die Frage, welchen Gesetzen die internationalen Beziehungen in der Zukunft folgen werden, sind in einer Übergangsperiode mit Vorsicht zu formulieren. Die Resultate der Veränderungsprozesse werden zudem widersprüchlicher und weniger explizit ausfallen, als sich dies die wissenschaftliche Theorie wünscht. Altes bleibt neben Neuem bestehen und vermischt sich nur schrittweise zu einer neuen Wirklichkeit. So viel ist aber bereits absehbar: Die Einheit von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ist in ihrem traditionellen Verständnis nicht mehr gegeben; Grenzen zwischen politischen Räumen und geografischen Territorien verschwimmen, und die Rolle des Staates in der internationalen Politik verändert sich.



Staatliche Sicherheitspolitik im Wandel

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die internationalen Machstrukturen markant verändert. Der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung hat die Diffusion politischer Macht weiter vorangetrieben, und das staatliche Machtmonopol wurde durch nichtstaatliche Netzwerke aufgeweicht. Viel wurde vor diesem Hintergrund vom Niedergang des Staates gesprochen. Zwar haben die Staaten in den letzten Jahrzehnten in der Tat vermehrt Konkurrenz durch internationale, private und zivile Organisationen bekommen. Und trotzdem bleiben sie nach wie vor die wichtigsten Akteure der internationalen Politik: Nur der Staat kann Politik formulieren und gleichzeitig für deren demokratische Legitimität sorgen. Und niemand ausser dem Staat verfügt im Ernstfall über die nötigen Ressourcen und ist mit einer breiten Palette von Reaktionsmöglichkeiten handlungsfähig.

Macht muss neu definiert werden

Auch als Anbieter des Kollektivguts Sicherheit bleibt der Staat nach wie vor unentbehrlich. Allerdings sehen sich die Regierungen auch im Bereich der Sicherheitspolitik gezwungen, ihre Ziele, Strategien und Instrumente den Erfordernissen des Informationszeitalters anzupassen. Als Teil dieses Ausweitungsprozesses erfuhr der Machtbegriff in den internationalen Beziehungen eine Neudefinition. Seit dem bahnbrechenden Artikel des Harvard-Politologen Joseph Nye mit dem Titel «Soft Power» - basierend auf der Attraktivität von Ideen, auf Glaubwürdigkeit und auf Überzeugungskraft – hat das Konzept der weichen Machtmittel seinen festen Platz in der Debatte über den Wandel der internationalen Beziehungen. Macht und Einfluss in der Informationsgesellschaft leiten sich nicht mehr nur von «harten» Faktoren wie Territorium, militärischer Macht und natürlichen Ressourcen ab. sondern vermehrt auch von «weichen» Faktoren wie Information, Technologie und flexiblen Institutionen.

Angesichts einer immer engeren wirtschaftlichen Vernetzung und eines sich verändernden Machtverständnisses erweist sich die klassische Trennung der Innenpolitik von der Aussenpolitik immer weniger als sinnvoll. Die neue Durchlässigkeit territo-

rialer Grenzen im Zeichen der Globalisierung wird auch erfolgreich von den Exponenten der organisierten Kriminalität und des globalen Terrorismus genutzt. Längst ist eine vollständige Abriegelung des innerstaatlichen Bereiches nicht mehr möglich – auch nicht bei Inkaufnahme grosser Einschränkungen der persönlichen Freiheiten. Die innere Sicherheit ist so nicht nur eine delikate Gratwanderung zwischen nationaler Sicherheit und demokratischer Offenheit, sondern auch untrennbar mit globaler Stabilität und einer weltweiten Sicherheit verknüpft.

Globaler Terrorismus versus globale Gesellschaft

Mit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 sind asymmetrische Herausforderungen zum strukturierenden Faktor der internationalen Beziehungen geworden. Allerdings bildeten die Terrorakte nicht jene einschneidende Zäsur in der Entwicklung des internationalen Systems, als die sie teilweise interpretiert wurden. Vielmehr sind sie zu verstehen als Kulminationspunkt einer seit dem Ende des Kalten Krieges stark beschleunigten inhaltlichen und geografischen Ausweitung des aktuellen Gefahrenspektrums. Der globale Terrorismus kann so – ganz im Sinne der sich hier nahtlos fortsetzenden Ambivalenz - gleichzeitig als Erzeugnis und als gefährlichste Gegenkraft der globalen Gesellschaft verstanden werden. Gerade die Debatte über Krieg und Frieden im Irak zeigte auf, wie schwierig es ist, zu einer rationalen Einschätzung des Phänomens «globaler Terrorismus» zu kommen. Wie unter einem Brennglas sind dabei die Verschiebungen in den internationalen Machtstrukturen sichtbar geworden.

Der Militärkoloss und eine ungerechte Weltordnung

Die Irakdebatte wurde erstens im Kontext einer zunehmenden Herausforderung der Staatenwelt durch nichtstaatliche Netzwerke geführt, die im Paradox einer wachsenden Verwundbarkeit der globalen Führungsmacht auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Stärke resultierte. Bereits mit dem Golfkrieg 1991 begann sich die konventionelle «Unbesiegbarkeit» der USA im Zeichen der «Revolution in Military Affairs» abzuzeichnen. Die absolute militärische Überlegenheit der USA war dabei nicht zuletzt Ausdruck der Tatsache, dass sich die verbliebene globale Ordnungsmacht die Informations- und Kommunikationstechnologien auch auf der militärischen Ebene zunutze machte. Der einzige Weg gegen diesen Militärkoloss, so die gängige Meinung, konnte nur noch über einen asymmetrischen Mitteleinsatz führen - so beispielsweise gegen die Achillesferse hochtechnisierter Gesellschaften, die durch ihre Abhängigkeit von so genannten «kritischen» Infrastrukturen besonders verwundbar sind. Der Kontext der Irakkrise war zweitens geprägt von zunehmenden Ressentiments nicht nur in der arabischen Welt – gegen eine von den USA und vom Westen dominierte, als ungerecht empfundene Weltordnung. Eine asymmetrische Bedrohung kann grundsätzlich von überall ausgehen, ganz besonders aber von jenen Regionen, die Prozesse der Marginalisierung und Fragmentierung erleben. Die globale Informationsgesellschaft gibt es nicht: Der tiefe Graben der so genannten «digital divide» trennt die Informationsgesellschaften der technologisierten Staaten von den Nicht-Informationsgesellschaften und parallel dazu auch die wirtschaftlichen Gewinner der Globalisierung von den Verlierern. Dies ist mit ein Grund dafür, warum der Nahe und der Mittlere Osten heute im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit stehen. Nirgendwo sonst kumulieren und verdichten sich die neuartigen Risiken an der Schnittstelle von Staatenzerfall, autoritären Regimen und globalem Terrorismus fundamental-islamischer Ausprägung mit umfassenderen sozialen und wirtschaftlichen Strukturproblemen in einer ordnungspolitisch schwachen Region zu einem vergleichbaren Potenzial an Instabilität.

Macht und Einfluss: Mischung von «soft-» und «hard power»

Der politische Analyst Robert Kagan führte nicht nur die Wurzeln des Konfliktes im Irak auf wachsende Machtasymmetrien zurück, sondern auch das Ausbleiben eines Konsenses im Uno-Sicherheitsrat. In einem viel beachteten Essay interpretierte er die eklatanten Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und unter sich wiederum uneinigen europäischen Hauptstädten im Zeichen des Vergleichs zwischen «Mars und Venus». Dabei stellte er die Hobbes'sche, anarchische Welt Amerikas - in der Sicherheit sowie Verteidigung und Verbreitung einer freiheitlichen Weltordnung vom Besitz und der Anwendung militärischer Macht abhängig sind - der kantianischen Welt des militärisch schwachen Europa gegenüber, das sich in einem posthistorischen Paradies von relativem Frieden und Wohlstand wähnt. Er stellte fest, dass eine tendenziell unüberbrückbare Kluft in zentralen strategischen Fragen der Wahrnehmung von Bedrohungen sowie in der darauf folgenden Bestimmung von Aussen- und Verteidigungspolitik bestehe.

«Hegemonie oder Gleichgewicht»?

Auch wenn Kagans Analyse mit ihrem Hinweis auf die strategischen und militärischen Defizite der Europäer einen wunden Punkt in Europas Selbstverständnis traf, so präsentiert sich die Wirklichkeit nüchtern betrachtet prosaischer: Das Ausbleiben eines Konsenses im Sicherheitsrat war das Produkt von überbordender Rhetorik und schwacher Diplomatie - und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Die unnötig harsche Rhetorik neokonservativer Kreise stiess auch traditionelle Alliierte der USA vor den Kopf und forderte Paris geradezu zum politischen Showdown mit der fragwürdigen Losung «Hegemonie oder Gleichgewicht» heraus. In dieser rhetorisch aufgeheizten internationalen Atmosphäre versagten die diplomatischen Bemühungen um eine konsensfähige Politik kläglich. Sowohl Washington als auch Paris nutzen ihr Vetorecht in der Uno als Machtmittel, um ihre sehr unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen.

«Soft Power» sinnvoll einsetzen

Gewiss sollten die Risse in den multilateralen Sicherheitsstrukturen nicht unterschätzt werden. Und dennoch: In Washington macht sich zunehmend Ernüchterung über die aktuellen Entwicklungen im Irak und in Palästina breit. Damit verbunden ist die Erkenntnis, dass die politische und moralische Autorität der USA in den letzten Monaten stark gelitten hatte. Gleichzeitig sind innerhalb der EU Anzeichen einer realistischeren Aussen- und Sicherheitspolitik festzustellen. Der Vorwurf an Europa, dass die militärischen Defizite die ordnungspolitische Gestaltungskraft der Union eng begrenzen, ist berechtigt. Auch wird die genaue Rolle der militärischen Mittel im Rahmen einer umfassenden Präventions- und Stabilisierungsstrategie Gegenstand kontroverser Debatten bleiben. Und doch leidet der Westen als Ganzes nicht an einem militärischen Defizit oder an unüberbrückbaren Differenzen in der Weltansicht, um den neuen asymmetrischen Risiken gemeinsam zu begegnen. Vielmehr hapert es auf beiden Seiten des Atlantiks dort, wo es um den sinnvollen Einsatz der «soft power» zugunsten langfristiger politischer Strategien und perspektivenreicher Transformationsideen auf der Basis einer robusten Gesamtstrategie geht.

Quo vadis Washington?

Der Alleingang der USA im Irak hat weder eine Politik des wiederholten militärischen Regimewechsels noch eine Ära der neuen «hard power»-Dominanz eingeläutet. Auf lange Sicht können die komplexen und vielschichtigen Herausforderungen im Zeichen asymmetrischer Bedrohungen nur mit einer Mischung von «hard-»- und «soft power»-Werkzeugen erfolgreich bewältigt werden. Einen militärischen Regimewechsel im Irak konnte die Regierung Bush zwar in einer losen Allianz erreichen. Die damit verbundenen ordnungspolitischen Fragen können aber nur in einem breiten internationalen Rahmen einer nachhaltigen Antwort zugeführt werden. Dieser Logik wird sich Präsident Bush nicht grundsätzlich verschliessen können. Wohin sich Washington bewegt, hängt allerdings auch davon ab, ob sich Europa den entscheidenden strategischen Debatten stellt und damit ein attraktiver Partner für Washington bleibt. Weiterführende Ambitionen einzelner EU-Mitglieder - Europa als Gegengewicht zur den USA - sind aufgrund politischer und finanzieller Überlegungen ebenso illusorisch wie die neokonservative Vision eines amerikanischen Alleingangs.

Forschungsinformationen

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik beschäftigt sich mit Themen der internationalen und der schweizerischen Sicherheitspolitik. Politisch relevante Prozesse werden systematisch analysiert, um Sicherheitspolitik besser zu verstehen und auch optimieren zu helfen.

http://www.fsk.ethz.ch http://www.isn.ethz.ch http://www.isn.ethz.ch/crn Weiterführende Literatur:

- ·Dunn, Myriam. Information Age Conflicts: A Study on the Information Revolution and a Changing Operating Environment. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 64. Zürich, 2002.
- ·Kagan, Robert. «Power and Weakness». In: Policy Review, 113 (2002): S. 3-28. Nye, Joseph. «Soft Power». In: Foreign Policy, 80 (Herbst 1990): S. 153-171.
- ·Spillmann, Kurt R., Andreas Wenger, Stephan Libiszewski und Patrik Schedler. Informationsgesellschaft und schweizerische Sicherheitspolitik. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 53. Zürich, 1999.
- · Wenger, Andreas. «Krieg und Frieden im Irak: Internationale Sicherheitspolitik im Wandel». In: Bulletin zur Schweizerischen Sicherheitspolitik (2003): S. 11-41.

Prof. Dr. Andreas Wenger

Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich

Myriam Dunn

wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich

13